



16.4106 Motion

Schluss mit der Zeitumstellung!

Eingereicht von:

Estermann Yvette

Faktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei



Einreichungsdatum: 16.12.2016

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 2 des Zeitgesetzes ersatzlos zu streichen. Auf die Sommerzeit soll in Zukunft verzichtet werden.

Begründung

Obwohl die Sommerzeit in der Schweiz am 28. Mai 1978 mit 83,8 Prozent in einer Volksabstimmung mehr als deutlich verworfen wurde, hat sich der Bundesrat Europa angeschlossen und die Sommerzeit 1981 trotzdem eingeführt. Damit begann auch der Ärger mit der zweimaligen Zeitumstellung pro Jahr. Die gesundheitlichen Nachteile sind allgemein bekannt, und ich gehe nicht mehr auf diese ein.

Der Nationalrat hat meine erste Motion 2012 zur Abschaffung der Sommerzeit abgelehnt. Warum stelle ich die gleiche Forderung nochmals?

Die Situation hat sich stark verändert, und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Zeitumstellung wächst von Jahr zu Jahr: In Deutschland möchten sie 75 Prozent abschaffen, im Osten sogar deren 80 Prozent. Viele Länder verliessen bereits ihre bisherige Regelung, und mehrere streben nächstens eine Änderung an, wie z. B. Ungarn. Die zweimalige Umstellung während des Jahres macht den Menschen dabei am meisten zu schaffen.

Einige Länder entschieden sich, die Sommerzeit beizubehalten, und stellen nicht mehr auf Winterzeit zurück. Es sind vorwiegend südliche Länder. Diese profitieren tatsächlich von den langen Abenden. In diesen Ländern ist der Tagesbeginn auch etwas verschoben. Dauerhafte Sommerzeit gilt jetzt z. B. für die ganze Türkei. Auch Ungarn, Mallorca und Ibiza möchten die Sommerzeit beibehalten und nicht mehr "umschalten".

Im Norden dagegen ist man es sich gewöhnt, früher am Tag mit der Arbeit zu beginnen. Deshalb ist es für diese Länder ratsam, die Winterzeit, das heißt die "Normalzeit", zu bevorzugen, um die produktivste Zeit des Tages zu nutzen. Russland hat nach schlechten Erfahrungen die Sommerzeit definitiv abgeschafft und für immer Normalzeit (Winterzeit) eingeführt, genauso wie Ägypten. Spanien möchte ebenfalls in seine ursprüngliche Zeitzone wechseln. Island stellt die Uhren bereits seit 1968 nicht mehr um. In Zypern herrscht im südlichen Teil Normalzeit und im Norden Sommerzeit.

Das Argument der "Zeitinsel Schweiz" ist in der heutigen globalisierten Welt nicht mehr stichhaltig. Die Menschen sind es sich gewohnt, bei Flugreisen regelmäßig ihre Uhr umzustellen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, mit dem Unsinn der Zeitumstellung aufzuhören und den Volkswillen der damaligen Abstimmung zu respektieren!

Stellungnahme des Bundesrates vom 01.02.2017

In der Schweiz wurde die Sommerzeit eingeführt, um eine Zeitregelung zu erreichen, die mit derjenigen der uns umgebenden Länder übereinstimmt. Die Schweiz war in den Sommermonaten des Jahres 1980 zu einer "Zeitinsel" geworden, weil sie im Gegensatz zu den umgebenden und weiteren europäischen Staaten keine Sommerzeit eingeführt hatte. Dabei waren die Nachteile einer von den Nachbarstaaten abweichenden



Zeitregelung klar zutage getreten. Sie bescherte der Schweizer Wirtschaft erhebliche Nachteile, insbesondere im Geschäftsverkehr (z. B. reduzierte Erreichbarkeiten, Einschränkungen bei Post- und Kurierdienstleistungen), im Transportwesen (z. B. mehrfache Anpassung der Fahrpläne), Tourismus und Kommunikation (z. B. regelmässige Missverständnisse bei Terminen). Um diese Nachteile und Zusatzkosten für die Schweizer Wirtschaft in Zukunft abwenden zu können, wurde auf Anfang 1981 die Sommerzeit eingeführt. Gegen das neue Zeitgesetz wurde kein Referendum ergriffen, auch eine im Jahr 1982 gestartete Volksinitiative zur Abschaffung der Sommerzeit erhielt nicht die notwendige Zahl von Unterschriften.

Wenn die Schweiz ohne Rücksicht auf die Situation in den umgebenden Staaten die Sommerzeit abschaffte, würde sie unweigerlich wieder zu einer Zeitinsel. Die Nachbarstaaten gehören zu den wichtigsten Handelspartnern unseres Landes. Eine von ihnen abweichende Zeitregelung würde sich nicht nur bei gelegentlichen Flugreisen, sondern im tagtäglichen Austausch bemerkbar machen. Sie brächte für die Wirtschaft erhebliche, kostenintensive Nachteile mit sich. Zusätzlich kämen noch die nicht zu vernachlässigenden Kosten und Aufwände für eine Überprüfungs- und Umrüstungsaktion ähnlich dem sogenannten Jahr-2000-Problem hinzu, die einzig die Schweizer Wirtschaft und öffentliche Hand betreffen würden. In den Systemen vieler Steuerungen ist die Sommerzeit wie andere kalendarische Daten fest implementiert. Steuerungen, Steuerungssysteme und programmierte Anwendungen müssten somit darauf hin überprüft werden, ob sie auch nach einem Verzicht auf die Zeitumstellung noch zuverlässig funktionierten. Die Güterabwägung zwischen den Folgen der Zeitumstellung auf der einen und den Folgen, die eine Zeitinsel Schweiz mit sich bringen würde, auf der anderen Seite spricht immer noch für die Zeitumstellung.

Wie schon in der Begründung zur Motion erwähnt, wurde eine Motion mit gleicher Stossrichtung ([10.3674](#)) vom Nationalrat am 10. September 2012 mit 145 zu 23 Stimmen abgelehnt. Die Situation hat sich seither in Bezug auf die für die Schweiz besonders zu beachtenden Gesichtspunkte nicht geändert.

Der Bundesrat behält sich vor, im Falle der Annahme der Motion im Erstrat einen Abänderungsantrag im Zweitrat zu stellen, welcher inhaltlich die Abschaffung der Zeitumstellung auf den Zeitpunkt, an dem die Mehrheit der die Schweiz umgebenden Länder die Zeitumstellung abschafft, festlegen und formal gesehen eine Aufhebung der Sommerzeitverordnung vom 24. September 1984 vorsehen würde (das Zeitgesetz ist auf den 1. Januar 2013 aufgehoben und in das Bundesgesetz über das Messwesen vom 17. Juni 2011 integriert worden).

Antrag des Bundesrates vom 01.02.2017

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Chronologie

14.12.2018 Abgeschrieben, weil nicht innert zwei Jahren abschliessend im Rat behandelt

Zuständigkeiten

Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat



Links

